

# Stimme der Familie



Informationen — Positionen — Perspektiven

## ARMUT VON FAMILIEN

### Seite 2 — Editorial

*Sascha Nicolai*

### Seite 3 — Deutschland braucht eine Großoffensive gegen Kinder- und Altersarmut

**Die soziale Ausgrenzung von Menschen  
unterschiedlichen Alters muss enden**

*Prof. Dr. Christoph Butterwegge*

### Seite 8 — Armut bekämpfen mit christlich sozialer Gerechtigkeit

*Prof. Dr. Dr. Elmar Nass*

### Seite 12 — Armutsrisiko Familie: Was kann der Bund tun?

*Prof. Dr. Holger Bonin*

### Seite 16 — Aus dem Bundesverband

### Seite 18 — Aus den Diözesan- und Landesverbänden

### Seite 21 — Aus den Mitgliedsverbänden

### Seite 22 — Rechtsecke/Informationen/Buchtipps

### Seite 23 — Informationen/Rückspiegel

### Seite 24 — Fragen an:

*Pater Maximilian Wagner OFM*

## KOMMENTAR | MUTIGE FAMILIENPOLITIK ALS CHANCE

Deutschland hat gewählt. Klar ist bisher: Die in der deutschen Nachkriegsgeschichte erprobten Regierungsmehrheiten tragen nicht mehr. Das gilt umso mehr, nachdem sich die SPD konsequent für die Rolle der Oppositionsführung entschieden hat. Rechnerisch bleibt so nur „Jamaika“, eine Koalition aus Union, FDP und Grünen. Einen politischen Präzedenzfall gibt es dafür lediglich im Saarland und seit dem Frühjahr in Schleswig-Holstein. Für den Bund ist Jamaika hingegen noch unbekanntes Terrain.

Für dessen Entdeckung braucht es auf den ersten Blick vor allem viel Fantasie. Die politischen Positionen der möglichen schwarz-gelb-grünen Koalitionäre könnten mitunter kaum gegensätzlicher sein, sei es bei der Flüchtlings- oder Bildungs-, der Energie- oder Gesundheitspolitik. Hoffnung auf Eintracht bietet auf den zweiten Blick jedoch vor allem ein Feld, das fast alle Parteien bereits im Wahlkampf ideenreich besetzt hatten – die Familienpolitik. Alle Parteien eines Jamaika-Bündnisses wollen die monetären Leistungen für Familien verbessern: die Union will das Kindergeld und den Kinderfreibetrag erhöhen, die FDP ein sogenanntes „Kindergeld 2.0“ einführen und die Grünen eine „Kindergrundsicherung“, die Kindergeld und Kinderfreibeträge ersetzen soll. Zumindest bei ihrem Engagement für Familien könnten also die drei ungleichen Regierungsparteien in spe recht schnell einen Konsens herstellen, der auf anderen Politikfeldern weitaus größere Anstrengungen kosten dürfte.

Eine entschlossene und mutige Familienpolitik, die sich nicht im Klein-Klein verliert, sondern den schlüssigen familienpolitischen Gesamtentwurf zum Anspruch erhebt – das könnte für Schwarz-Gelb-Grün das Kraftfeld sein, aus dem Jamaika künftig ihren dringend benötigten Konsens zieht: Kindergeld und Kinderzuschlag zusammenführen, Kinderfreibeträge in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung einführen, den Eltern-geldbezug verlängern und flexibilisieren, die Betreuungsqualität von Kitas verbessern, Alleinerziehende dadurch unterstützen, dass das Kindergeld nur noch hälftig auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet wird.

Es ist unübersehbar: Auf dem Weg zu einer familien-gerechten Gesellschaft hat Deutschland noch deutliches Potenzial. Eine neue Regierung sollte sich vor einer fortschrittlichen und mutigen Familienpolitik nicht fürchten. Sie ist eine Chance für mehr Zusammenhalt in Gesellschaft und Politik – gerade jetzt! / STEFAN BECKER